

Vier Forderungen der Arbeitsgemeinschaft GESUNDHEIT 65 PLUS für eine offensive Pflegepolitik

Autonomie, Selbstorganisation und Lebensqualität

Immer häufiger wird über einen Pflegenotstand in Deutschland geklagt. Dabei stehen in der Regel die Probleme der Pflegenden im Vordergrund, nämlich die unzureichende Anerkennung der stark belastenden Tätigkeit, eine generelle Überlastung der Pflegekräfte und nicht zuletzt der sich abzeichnende Nachwuchsmangel. Gleichzeitig steigt durch den demographischen Wandel die Zahl an multimorbiden und pflegebedürftigen Menschen.

>> Die Pflege und Betreuung alter und hochbetagter Menschen steht demnach im Spannungsfeld zwischen zwei Herausforderungen:

- der demographischen Entwicklung und der sich ändernden Familienstruktur und
- den begrenzten personellen und finanziellen Mitteln, die für die Pflege eingesetzt werden können.

Seit Einführung der Pflegeversicherung hat es regelmäßig Anstrengungen in der Sozialgesetzgebung gegeben, die Kosten von Pflege und Betreuung alter, betagter und kranker Menschen zu steuern. Drei Pflegestärkungsgesetze, das Pflegeberufgesetz und das Bundesteilhabegesetz haben bereits zu einigen Verbesserungen geführt. Dennoch bleibt als wichtigste Frage offen, wie die offenkundigen Probleme in der Pflege so gelöst werden können, dass sich alternde, betagte und gebrechliche Menschen auch in Pflegeeinrichtungen gut aufgehoben fühlen und gemäß ihrer individuellen Situation weiterhin am sozialen Leben teilhaben können.

Bisher wird das Älterwerden in der politischen Debatte meist unter dem Gesichtspunkt der pflegerisch-materiellen Versorgung verhandelt. Ein Altern bei möglichst guter Gesundheit kann nicht nur der Eigenverantwortung der Betroffenen überlassen werden, sondern bedarf der gesellschaftlichen Solidarität und Unterstützung. Zukünftige Strukturen und die personellen Kapazitäten der Pflege müssen sich vorrangig an den Bedürfnissen alter Menschen orientieren. Denn Autonomie, Selbstorganisation und Lebensqualität sind wichtige Bereiche ihres Lebens. Andererseits müssen auch für die Pflegenden Bedingungen geschaffen werden, die es ihnen erlauben, auf individuelle Bedürfnisse einzugehen.

Die Arbeitsgemeinschaft GESUNDHEIT 65 PLUS stellt deshalb folgende Forderungen zur Diskussion:

1. Erarbeitung eines Nationalen Leitbilds der Pflege, das internationale Erfahrungen berücksichtigt:

- Es ist notwendig, einen nationalen Pflegeleitgedanken zu formulieren, der sich an den Bedürfnissen der zu Pflegenden ausrichtet und an dem sich

alle Beteiligten orientieren können und müssen. Die Definition von Pflege und Betreuung darf nicht nur der Sozialgesetzgebung überlassen werden.

2. Evidenzbasierte Pflege:

- Evidenzbasierte Arbeit muss auch in die Pflege Eingang finden, wobei der Nutzeffekt von Pflegemaßnahmen beim Patienten zu messen ist. Gleichzeitig sollte gewährleistet werden, dass gesetzgeberische Vorgaben dies berücksichtigen und nicht einem überreguliertem Absicherungs- und Abrechnungsverhalten Vorschub leisten.
- Die fachliche Beratung des Gesetzgebers muss deutlich stärker durch die Berufsgruppe der Pflegenden selbst erfolgen, um von kompetenter Seite Entscheidungshilfen an die Hand zu geben. Zusätzlich sind die Vertreter von Senioren-Organisationen noch stärker einzubeziehen.

3. Erweiterungen der Kompetenzen der Pflegenden:

- Die Kompetenzen der Pflegenden müssen eine eigenständige Beratungs-, Koordinations- und Richtlinienkompetenz beinhalten, um eine bestmögliche Betreuung der Menschen zu ermöglichen.
- Pflegenden brauchen mehr Befugnisse bei der Organisation der unmittelbaren persönlichen Pflege, die mit den übrigen Heilberufen abzustimmen ist und der Verbesserung des Pflegeprozesses dient.
- Die Übertragung von bestimmten ärztlichen Aufgaben an das Pflegepersonal sollten in diesem Zusammenhang diskutiert werden.

4. Stärkere Differenzierung und Vernetzung der Pflege:

- Die Pflege muss sich nach Langzeitpflege, Pflege chronisch Kranker und Akutpflege differenzieren und die dazu erforderlichen personellen Ressourcen anpassen.
- Möglichkeiten der digitalen Vernetzung sind zu

Kommentar

Liebe Leser,

Autonomie und Lebensqualität sollen im Fokus der Politik für eine älter werdende Generation stehen. Fremdbestimmtheit ist kein Lebensziel.

Die eigene Lebensgestaltung in die Hände anderer Menschen zu geben – und seien sie noch so zugewandt – widerspricht dem Willen der meisten Menschen zur Selbsttätigkeit.



Thomas Brauner,

65 PLUS

Da, wo Autonomie durch physische oder psychische Handicaps eingeschränkt ist, soll Unterstützung „in Päckchen“ gewährt werden, um ein Höchstmaß an Selbstbestimmung zu erhalten.

An diesem Leitgedanken sollten sich gesundheits- und sozialpolitische Akteure, die rechtliche Rahmenbedingungen setzen und Strukturen gestalten, genau so orientieren wie auch die Akteure vor Ort.

Unterstützer/Pflegende werden dem gerecht werden, wenn ihnen ihr beruflicher Alltag ihrerseits Handeln in Eigenverantwortung und Eigenständigkeit ermöglicht. Diskussionen um die Entbürokratisierung der Pflegedokumentation haben gezeigt, wie schwer sich viele Akteure mit der Gratwanderung zwischen Eigenverantwortlichkeit und Kontrollimpulsen tun – aber auch, wie motiviert und engagiert die Akteure vor Ort sind, wenn Vertrauen in die Qualität ihrer Arbeit gesetzt wird.

Die Ablösung der Pflegestufen durch früher ansetzende Pflegegrade bedarf der Entsprechung durch gestufte Unterstützungsstrukturen. Hier sind die Kommunen gefragt. Doch mit der Einführung der Pflegeversicherung haben sich viele von ihnen – auch unter dem Druck der Kämmerer – aus der aktiven Politik für eine älter werdende Gesellschaft zurückgezogen. Das rächt sich jetzt durch Mangel auf den bekannten Ebenen.

Mehr Fachkräfte und mehr Geld für die Pflege sind wichtige Maßnahmen; was bisher noch zu kurz kommt, sind Initiativen, Pflegebedarf so lange wie möglich zu vermeiden.

Ihr Thomas Brauner

nutzen, um die sektorübergreifende Betreuung, die im Alter besonders häufig notwendig wird, zu optimieren und gleichzeitig eine unangemessene Überversorgung zu verhindern.

- Der zu Pflegenden und seine Angehörigen müssen in Kenntnis der daraus resultierenden individuellen Nutzeffekte dennoch die Möglichkeit haben, über die Freigabe der personenbezogenen Daten zu entscheiden.

Ob die genannten Ziele mit einer Verkammerung der Pflege besser und schneller zu erreichen sind, sollte ebenfalls Gegenstand der öffentlichen Diskussion sein. Für die zu Pflegenden wird am Ende nur zählen, ob sie in einer Form betreut werden, die ihre eigenen Bedürfnisse erkennt und berücksichtigt. <<